

An den Grenzen der Gesundheitsversorgung

GASTKOMMENTAR VON ROBERT REBHAHN



Vieles muss sich ändern, damit das Wesentliche des öffentlichen Gesundheitssystems gerettet werden kann.

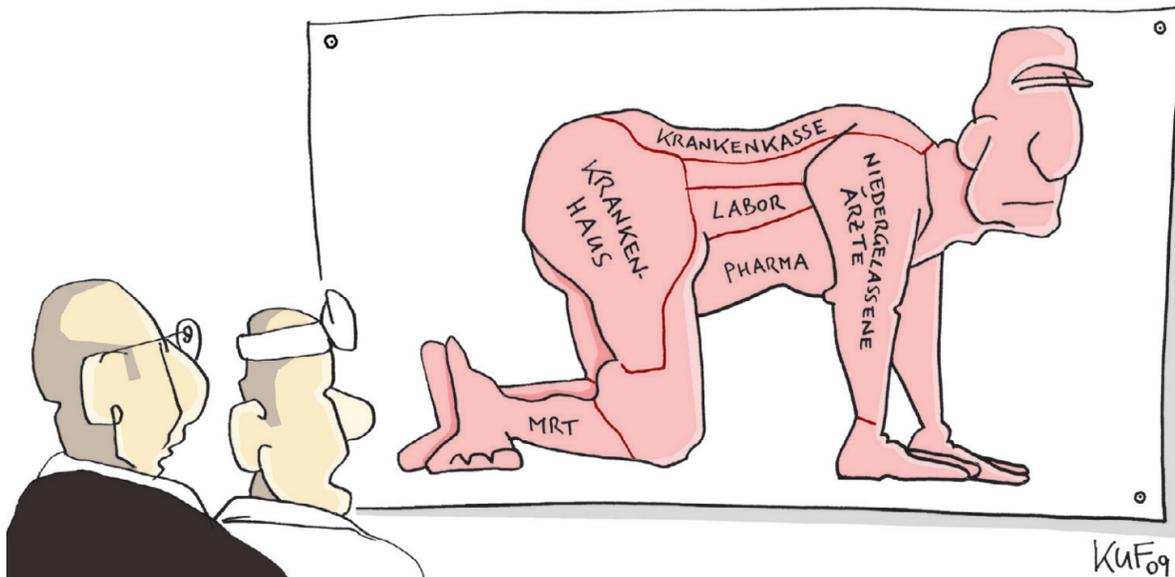
S tändig hören wir von Gesundheitsreform. Manche Äußerungen der Politik lassen an der Notwendigkeit einer Reform zweifeln, weil das Gesundheitssystem ohnehin hervorragend sei. Bücher von Laimböck und Korosec/Pichlbauer vermitteln das Gegenteil: ein erschreckendes Bild von Gruppeninteressen und Verschwendung, gerade bei Krankenanstalten; trotz hoher Kosten gebe es nicht selten Fehlbehandlungen, zum Beispiel weil manche Spitäler Operationen ohne die dafür sinnvolle Frequenz durchführen. Laut Bundesinstitut BIQG wiederum erlaubt die Datenerhebung keine Aussagen zur Qualität der Versorgung. Sicher ist: Die Finanzierung des öffentlichen Gesundheitssystems (ÖGS) stößt an Grenzen. Wollen wir ein ausreichendes ÖGS, so muss sich vieles ändern, damit das Wesentliche bleibt.

Das ÖGS muss sich realistische Ziele setzen, auf Basis der Einsicht, dass die Mittel beschränkt sind. Im Zentrum haben Interessen der Bevölkerung und evidenzbasierte Medizin zu stehen, nicht Interessen der Stakeholder (Landespolitik, Spitalsbeschäftigte, niedergelassene Ärzte, Kassen, Pharmafirmen und so weiter).

Wenig Wissen, wenig Qualitätskontrolle

Ein ÖGS muss seine Mittel wirksam einsetzen. Alle Möglichkeiten zur Steigerung der Effizienz bei gleichem Versorgungsstandard sind auszuschöpfen. Manche schätzen, die Ausgaben können so um ein Fünftel verringert werden – Mittel, die zum Teil für andere Leistungen (auch Prävention) frei würden. Qualitätssicherung und Rationalisierung setzen umfassende Information zu Qualität, Wirksamkeit und Kosten der einzelnen Leistungen und Leistungserbringer voraus. Dabei und bei Qualitätskontrolle ist Österreich weit hinten. Auch Österreich braucht ein wirklich unabhängiges Public-Health-Institut.

Das größte Reformpotential besteht bei Krankenanstalten und deren Koordination mit dem extramuralen Bereich. Österreich hat in der OECD die zweithöchste Betten- und eine sehr hohe Quote stationärer Behandlungen. Hauptursachen sind die getrennte Finanzierung von Krankenanstalten (völlig intransparent) und extramuralen Bereich, sowie die Verbindung der Rollen von Leistungserbringer und Zahler insbesondere bei Krankenanstalten der Länder. Dies führt zu Fehlallokationen und „suboptimalen“ Behandlungen. Gesundheitsplattformen werden das kaum ändern. Die genannten Rollen müssen bei Spitälern wie auch sonst (zum Beispiel



Kassenambulatorien, UKH) getrennt werden. Erforderlich ist ferner die „Finanzierung aus einer Hand“: Der für einen Berechtigten zuständige Zahler soll alle Leistungen bezahlen, gleichgültig wer sie erbringt.

Die Finanzierung aller Leistungserbringer soll weitestgehend durch Entgelte für konkrete Leistungen erfolgen, Beziehungen zwischen Leistungserbringern und Zahlern sollen auf Verträgen beruhen, nach Wertungen des Vergaberechts und damit von Wettbewerb. Das System muss den Akteuren die richtigen materiellen Anreize setzen. Bereits diese Änderungen würden Entscheidungen zu Kapazitäten und Standorten sowie zum Ort der Behandlung rationaler machen.

Problematische Spitalhierarchien

Die Länder sollen weiter wesentlicher, aber nicht alleiniger Erbringer stationärer Leistungen sein. In den Spitälern ist die Kollaborative Führung und die Hierarchie zu überdenken, sollen Spitäler für Fachärzte attraktiv sein. Die derzeitige Ausbildung der Turnusärzte gefährdet nach Ansicht vieler später die Versorgung.

Im nicht stationären Bereich muss sich vieles ändern, soll es in 20 Jahren noch selbstständige Ärzte geben. Die Kooperation der Leistungserbringer muss verbessert werden, bei Schnelligkeit, Information und Behandlung. Die fachärztliche Versorgung wird sich auf Ärztezentren verlagern (müssen), aber so, dass kein Anreiz für Umsatzmaximierung besteht. Die Regeln zu Anforderungen, Aufsicht und Qualitätskontrolle dürfen nicht von der heutigen, nicht überzeugenden Einordnung als Krankenanstalt

oder Ordination abhängen. Spitalsambulanzen müssen jedenfalls für Spezialfälle bereitstehen und dafür entlohnt werden.

Bei allen Fragen, auch der Bedarfsplanung, ist auf evidenzbasierter Medizin aufzubauen. Vermehrt ist bei gleich wirksamen Behandlungen die günstigere zu wählen. Es wird nicht zu vermeiden sein, bei allen Aufgaben des ÖGS Wirksamkeit und Kosten (zum Beispiel der Behandlung mit einem Arzneimittel) ins Verhältnis zu setzen, und das Ergebnis offen mit jenem zu anderen Aufgaben (Prävention, andere Behandlung, andere Krankheit) zu vergleichen. Auch derzeit soll es beträchtliche Rationierungen geben. Transparente, evidenzbasierte Priorisierung ist gerechter als verdeckte Rationierung. Zu überdenken ist auch, ob Straf- und Schadenersatzrecht weiterhin defensive Medizin fördern sollen.

Auch reine Steuerfinanzierung des ÖGS würde die Erwerbseinkommen nicht wesentlich entlasten. Daher spricht weiterhin mehr für eine Finanzierung aus Beiträgen und Steuermitteln. Gegen den Staat (Bund, Land) als Zahler und die damit verbundene Abschaffung der Kassen sprechen Transparenz, Machtteilung (Gesundheitsdaten) und der direkte Zugriff auf Steuermittel; speziell

bei den Ländern auch, dass sie wesentliche Träger von Krankenanstalten sind. Sind allein die Kassen Zahler, so muss stärker dafür gesorgt werden, dass Interessen der Leistungsberechtigten vorrangig sind. Andernfalls wäre an Gesundheitsregionen als Zahler zu denken.

Selbstbehalte für alle Leistungen

Bei Finanzierung aus einer Hand sind alle Mittel den Zahlern (Kassen) in die Hand zu geben, auch jene Steuermittel, die jetzt der Spitalsfinanzierung dienen. Allerdings müssen diese gerecht und effizienzbewusst verteilt werden, etwa so: Für jeden Leistungsberechtigten haben Kassen Anspruch auf eine „Versicherungsprämie“, deren Höhe nur nach wenigen Risikogruppen differiert. Jeder Zahler erhält aus Steuermitteln die Differenz zwischen der Summe dieser Prämien und seinem Beitragsaufkommen. Die Prämien werden zentral im Voraus festgelegt, auf Basis des politisch erwünschten Anteils des ÖGS am BIP. Kommt eine Kasse damit nicht aus, so muss sie Beiträge erhöhen oder Leistungen einschränken. Selbstbehalte sind ab einer bestimmten individuellen Beitragsgrundlage für alle Leistungen vorzusehen. Sie sind aufeinander abzustimmen und dürfen im Jahr einen festgelegten Prozentsatz der Beitragsgrundlage nicht überschreiten.

Nur eine radikale Sicht gibt die Chance, das ÖGS evolutiv weiterzuentwickeln. Pessimisten meinen ohnehin, das System sei erst zu reformieren, wenn es vorher an die Wand gefahren wurde. Die Politik könnte beweisen, dass es anders geht.

Univ.-Prof. Robert Rebhahn lehrt Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Wien. Der Autor trägt zu diesem Thema beim „Sommerdiskurs“ der Universität Wien in Strobl am Wolfgangsee vor, dessen Medienpartner „Die Presse“ ist (<http://www.univie.ac.at/sommerdiskurs>).



meinung@diepresse.com

DAS BUCH

Courage

Der österreichische Widerstand wurde lange angezweifelt, bagatellisiert, geleugnet“, stellt Wolfgang Neugebauer fest, der emeritierte Leiter des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* in Wien. Unbestritten ist, dass nach 1945 die Mehrzahl der Überlebenden den Widerstandskämpfern mit Skepsis und feindselig gegenüberstanden. „Verbrecher“, „Mörder“, „Feiglinge“, „Verräter“, „Eidbrecher“ waren gängige Stereotype. Neugebauer bemüht sich, Klarheit zu schaffen, denn der heutige „Mainstream“ führt nur allzu leicht dazu, ins andere Extrem zu verfallen. Dankenswerterweise untersucht der Autor nicht nur die längst bekannten sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen, sondern auch die bürgerlichen Widerstandszellen und jene, die für die Wiederherstellung der Monarchie kämpften. ★★★★★ hws



Wolfgang Neugebauer
Der österreichische Widerstand 1938 - 1945

Edition Steinbauer,
287 Seiten, 22,50 Euro

quergeschrieben

Vom Sack

Weshalb Menschen die Hände in den Hosentaschen tragen.

Wenn Sie dieser Tage durch Oberösterreich fahren, sehen Sie die ersten Wahlplakate. Eines zeigt den Landeshauptmann, wie er versonnen auf die heimatische Hügellandschaft blickt. Ein Hauch von Caspar David Friedrich liegt über dem Bild. Entfernt erinnert es an den „Wanderer über dem Nebelmeer“. Hier wie dort lässt eine leichte Untersicht die Hauptperson größer und bedeutungsvoller erscheinen, als sie in Wirklichkeit ist. Dort aber, wo Caspar David Friedrichs Wanderer in der Hand einen Stock hält, hat der oberösterreichische Landeshauptmann seine Rechte in der Hosentasche verborgen. Dass ein Politiker auf einem Wahlplakat die Hand in der Tasche hat, sieht man selten. Den oberösterreichischen Werbestrategen dürfte das auch aufgefallen sein, denn weshalb sonst haben sie den Werbeslogan, in dem der Landeshauptmann bezeugt, wie sehr er sein Land liebt, just

über der Ausbeulung in seiner Hose beginnen lassen? Gut gemacht.

Was die Hand in der Hosentasche betrifft, dürfen wir gespannt sein, ob dieses Motiv auch noch in anderen Wahlkämpfen auftauchen wird, in Wien zum Beispiel. Ist es hier doch hier seit Jahren gang und gäbe, dass der Bürgermeister der Bundeshauptstadt seine Freunde, Gäste, ja ganze Parteitage in jugendlicher Unbekümmertheit mit der Hand in der Hosentasche begrüßt, um später dann leutselig auch noch die zweite Hand in die andere Hosentasche zu stecken. Nicht großstädtisch wirkt diese Geste. Kreisky, Kirchschläger oder einen Kardinal König hat man nie so gesehen, auch nicht einen Obama oder Sarkozy, aber hierzulande ist man halt wie man ist. Kümmerst dich nicht um Willy Elmayers, des verstorbenen Seniors, eiserne Benimmregel (wie schrieb er doch in „Gutes Benehmen wieder gefragt“? „Über die großartige Lösung, dass der „Herr“ die Hände einfach in den Hosentaschen verwahrt, braucht man wohl kein Wort zu verlieren“, Tempora mutantur?) und lässt uns rätseln, weshalb Lan-

despolitiker ihre Hände in den Hosentaschen haben.

Hat der oberösterreichische Landeshauptmann vielleicht beim Blick über sein Land eine für den Betrachter unsichtbare Marienerscheinung und sucht in seinen Taschen nach einem Rosenkranz oder Münzen für den nächsten Opferstock? Ballt der Wiener Bürgermeister angesichts der unzähligen „Koffer“, mit denen er tagaus, tagein zu tun hat, die wütende Proletarierfaust im Sack?

Apropos Sack. Mein Vater erzählte mir immer, dass man beim Militär, wenn man mit der Hand in der Tasche erwischt wurde, kurz und kräftig angeblafft wurde: „Mensch, nehmen sie sofort die Hand vom Sack!“ „Vom Sack“ und nicht, wie empfindliche Gemüter vielleicht lesen möchten, „aus dem Sack“. Aber gottlob regiert heute nicht mehr das Militär, und die zivilen Sitten sind andere, freiere. Aber seltsam ist es doch, was einem beim Betrachten der politischen Eliten unseres Landes so ins Gedächtnis kommen kann.



meinung@diepresse.com



VON KURT SCHOLZ